

Ein Hilfeplan für Bewohner

DIE RHEINPFALZ 25.09.2021

Vor einem Jahr hat die Stadt ein Sozialkonzept für die Einweisungsgebiete in Mundenheim und West vorgestellt. Dort werden Menschen untergebracht, die ihre Wohnung verloren haben oder aus anderen Gründen sonst auf der Straße leben würden. Was ist seitdem passiert?

VON REBEKKA SAMBALE

Zwei Fallmanagerinnen sind in den Einweisungsgebieten unterwegs, wie Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) und Psychiatriekoordinatorin Andrea Hilbert berichten. Die Stellen dafür sind neu geschaffen worden und konnten auch beide besetzt werden. Im Gespräch mit den Menschen sollen die Mitarbeiterinnen ermitteln, „wo die Schwierigkeiten liegen“, sagt Hilbert. Das beginne manches Mal schon damit, nach Wohnungsannoncen zu schauen oder Kontakt mit Ämtern aufzunehmen – für viele eine große Hürde. In anderen Fällen gehe es um Miet-schulden, Steeg berichtet von einer Mutter, die nach einer schuldenbedingten Räumung in die Einweisungsgebiete kam. „Es ist gelungen, sie durch Begleitung wieder in eine Mietwohnung der GAG zu bekommen“, sagt die Dezernentin.

Zwei Millionen für Hilfen

Dabei helfen sollen auch Vereinbarungen zwischen der Stadt und bislang vier Partnern: dem Evangelischen Diakoniewerk Zoar, der Ökumenischen Fördergemeinschaft (ÖFG), der Caritas und dem Verein Schutzraum. Je nach konkretem Fall werde ein Hilfeplan erstellt und eine passende Unterstützung vermittelt. Hinter alldem steht Paragraph 67, Sozialgesetzbuch, laut dem Geld- und Sachleistungen gewährt werden können für „Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind“, heißt es dort. Laut Steeg seien dafür rund zwei Millionen Euro im Haushalt eingestellt.

Neben Hilfen nach dem Paragraph 67 gehören zum Sozialkonzept noch weitere Bausteine. So das Dezentra-



Bis sich in der Bayreuther Straße (im Bild) baulich etwas ändert, dauert es noch mehrere Jahre. Das Sozialkonzept ist unterdessen angelaufen.

FOTO: MORAY

lisierungsmodell, für das Stadt, Wohnungsbaugesellschaft GAG und das Evangelische Diakoniewerk Zoar im August 2020 einen Vertrag unterschrieben haben. Damit soll es Menschen aus den Einweisungsgebieten ermöglicht werden, außerhalb dieser eine Wohnung zu finden. Die GAG hält dabei allerdings keine Wohnungen speziell für diese Fälle zurück. Das sei wegen des hohen Nachfragedrucks auf dem Wohnungsmarkt nicht möglich, wie GAG-Sprecherin Constanze Kraus mitteilt. Bei konkretem Bedarf versuche man, möglichst schnell eine passende Wohnung zu finden. Bis-

lang habe das Dezentralisierungsmodell bei einer Person umgesetzt werden könne, sagt Hilbert und ergänzt: „Das ist schon ein guter Erfolg für diese kurze Zeit.“ Insgesamt sprechen Hilbert und Steeg beim Sozialkonzept von 24 abgeschlossenen und 23 laufenden Fällen, um die sich die Fallmanagerinnen bislang gekümmert haben. Wobei abgeschlossen sowohl heißen kann, dass die Ziele erreicht wurden als auch, dass die Hilfe auf Wunsch „des Klienten“ vorzeitig beendet wurde. 20 Fälle befänden sich „im Anbahnungsprozess“. Zum Konzept gehört auch gesundheitliche Hilfe, die

„Street Doc Mental“ bietet – ein Kooperationsprojekt der ÖFG mit dem Guten Hirten, bei dem psychisch Erkrankte Ansprechpartner vor Ort finden. Auch Prävention sei wichtig. „Wir wollen versuchen, Menschen zu helfen, aus der Wohnsituation herauszukommen und dort auch gar nicht erst reinzukommen“, sagt Steeg. Wenn wegen Mietrückständen Wohnungslosigkeit droht, melden sich Betroffene bei der Fachstelle für Wohnraumsicherung, beschreibt Hilbert. Die könne an die Fallmanagerinnen vermitteln.

Während das Sozialkonzept also angelaufen ist, wird es mit bauli-

chen Veränderungen in den Einweisungsgebieten noch dauern. Erst Ende 2023 soll mit dem Abriss der Roten Blöcke in der Bayreuther Straße begonnen werden, an den sich ein Neubau anschließen soll. Die Sanierung der Weißen Blöcke ist laut Stadt ab April 2025 vorgesehen.

Das Sozialkonzept soll unabhängig davon weiterlaufen, sagt Steeg. Sie geht aber davon aus, dass die Stadt in der Abrissphase stärker gefordert sein werde, die Menschen vor Ort zu informieren. Am Montag ist sie mit Baudezernent Alexander Thewalt (parteilos) in der Bayreuther Straße. Dort leben derzeit laut Stadt 287 Menschen im Einweisungsgebiet, in der Kropsburgstraße in Mundenheim sind es 207.

Ausweitung auf ganze Stadt

In beiden Gebieten hat sich ein Bewohnerbeirat gebildet, wie Walter Münzenberger berichtet. Er ist Geschäftsführer der ÖFG, die schon lange mit ihren Mitarbeitern vor Ort ist. Er begrüßt, dass das Sozialkonzept angelaufen ist, fordert aber, dass es „mit einer Veränderung des Wohngebiets“ einhergehen muss. So sei zum Beispiel ein Begegnungszentrum wichtig, über das bereits nachgedacht werde. Auch macht er kein Geheimnis daraus, dass die ÖFG „an der einen oder anderen Stelle eine andere Vorstellung“ habe als die Stadt. Aber: „Immerhin ist man im Gespräch.“

Die Arbeit der Fallmanagerinnen soll sich langfristig nicht nur auf die Einweisungsgebiete beschränken, sagt Dezernentin Steeg. „Wir haben die ganze Stadt im Blick.“ Ob die zweieinhalb neuen Stellen – eine halbe für Leistungssachbearbeitung – langfristig ausreichen werden, „müssen wir sehen“.